Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 02. - 04. Oktober 2026

A1: Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert - Programmatisches Papier (Entwurf)

ÄNDERUNGSANTRAG Ä15

*Antragsteller*in:* *Gerrit Kurtz*

Antragstext

Von Zeile 11 bis 16:

~~Unsere Grundformel lautet: Wehrhaftigkeit ist das Mittel, Abrüstung bleibt das Ziel. Wir rüsten nicht, weil wir an Waffen glauben, sondern damit niemand glaubt, uns angreifen zu können. Und wir sagen ebenso klar: Rüstung dient der Politik - niemals umgekehrt. Für Deutschland gilt dabei: Deutsche militärische Macht darf nur europäisch eingebettet,~~ Der derzeitige Epochenbruch bedeutet, dass Deutschland in seine militärische Wehrhaftigkeit investiert und seinen Beitrag zum Schutz seiner Verbündeten in der NATO leisten muss. Eine glaubwürdige Abschreckung durch den Aufbau dieser Fähigkeiten soll dazu beitragen, Angriffe auf Deutschland und das gesamte Bündnisgebiet zu verhindern. Der massive Ausbau des Militärs und das Wachstum der Rüstungsindustrie können allerdings eine durchaus risikobehaftete Eigendynamik entwickeln oder neue Befürchtungen bei unseren Nachbarn auf dem europäischen Kontinent hervorrufen. Deswegen gilt für uns als Grundsatz: je mehr Deutschland in seine militärischen Fähigkeiten investiert, umso stärker müssen die institutionellen und gesellschaftlichen Mechanismen zur Überwachung, Kontrolle und Überprüfung von Rüstungsindustrie und Militär ausgebildet werden. Unser langfristiges Ziel bleibt eine stabile europäische und globale Sicherheitsordnung, bei der Abrüstung wieder eine zentrale Rolle einnimmt. Für Deutschland gilt zudem: Deutsche militärische Macht darf nur europäisch eingebettet, parlamentarisch abgesichert, völkerrechtlich gebunden und gemeinsam mit Partnern eingesetzt werden.

Begründung

Wehrhaftigkeit kann kaum das Mittel für das Ziel der Abrüstung sein. Wir sollten da schon ehrlich sein. Derzeit geht es ja um Aufrüstung, nicht Abrüstung, auch wenn wir

an dem Ziel der Abrüstung festhalten wollen. Wichtig scheint mir gleichwohl, bereits am Anfang deutlicher zu machen, dass Aufrüstung generell und durch Deutschland im Besonderen problematische Dynamiken z.B. von wirtschaftlicher Abhängigkeit, politischer Einflussnahme oder einem Sicherheitsdilemma im Äußeren hervorrufen können. Daher muss der Grundsatz doch sein: mehr Fähigkeiten ja, aber eben mit starken Sicherungen - nicht zuletzt auch für den Fall, dass sich die Regierung in Deutschland weg vom demokratischen Konsens bewegen sollte.